

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698, Telegramme: Ullstein, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Verlag, mm-Zeitung, Familien-Anzeiger, monatlich 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerbe] 16 Pf. • Nr 537

MITTWOCH, 9. NOVEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Rot oder Grün?

Präsidentenwahlfieber in den Vereinigten Staaten

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

NEW YORK, 8. NOVEMBER

Die Bundeshauptstadt Washington ist der einzige Ort Amerikas, der sich nicht an den Präsidentenwahlen beteiligen darf. Obgleich fast alle Politiker und Minister die Stadt verlassen haben und im demokratischen oder republikanischen Hauptlager sind, wird das Wahlergebnis durch einen Riesenfahnenwettbewerb über die ganze Stadt hinweg verändert: rotes Licht bedeutet einen Sieg Roosevelts, Washington in grünem Schimmer ein Verbleiben Hoover.

Die Wahlbeteiligung scheint trotz der häufigen Schneee- und Regenfälle überall in den Staaten außerordentlich hoch gewesen zu sein. Schluß der Abstimmungszeit war 6 Uhr abends, also nach Berliner Zeit Mittnachts. Da aber zwischen New York und Kalifornien ein weiterer Zeitunterschied von drei Stunden besteht, so wählten die letzten Amerikaner noch bis 3 Uhr morgens Berliner Zeit. Weil jedoch die Ergebnisse des Staates New York ziemlich ausschlaggebend für das Gesamtergebnis sind, so kann es sehr wohl sein, daß der Name des neuen Präsidenten de facto schon feststeht, während die kalifornischen Wähler überhaupt noch nicht zur Urne geschritten sind.

Der Wahltag — nach der Verfassung der Dienstag nach dem ersten Montag im November — ist zum amtlichen Feiertag erklärt, die Volksgesamtheit um zwei Stunden verlängert worden. Trotzdem sind wegen des tiefen Andrangs der Wählermassen die meisten Geschäfte geschlossen. In New York allein gibt es 3794 Wahllokale, die meist mit allerdings recht

unmäßiglichen Wahlmaßnahmen arbeiten. Den deutschen Wähler erlaubt besonders, daß die diezeitigen Amerikaner von der Wahl ausgeschlossen sind, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, also alle Arbeitlosen.

Die ersten Ziffern

NEW YORK, 8. NOVEMBER

Die bis vier Uhr nachmittags (amerikanische Zeit) gemeldeten Resultate ergeben wichtige demokratische Gewinne in zahlreichen Bundesstaaten, darunter New England und in Teilen von Texas, Florida und Westkarolina; in diesen drei Staaten war im Jahre 1928 eine republikanische Mehrheit vorhanden. Die bisherigen Wahlergebnisse sind aber nur einen geringen Bruchteil der Gesamtabstimmung dar.

Die ersten Resultate aus Colorado ergeben für Hoover 2796, für Roosevelt 3241 Stimmen.

Für Kansas lauten die entsprechenden Ziffern 5083 und 6126.

Für Massachusetts 11781 und 13776.

Für Missouri 1530 und 1773.

In Rhode Island erhielt Hoover 136, Roosevelt nur 74 Stimmen.

In Texas dagegen dominiert wieder Roosevelt mit 16 536 Stimmen gegenüber Hoover mit 2326 Stimmen.

Nach den bis 5 Uhr nachmittags vorliegenden ersten Resultaten aus 13 der 48 Bundesstaaten führt Roosevelt in Alabama, Colorado, Florida, Georgia, Kansas, Massachusetts, Michigan, Missouri, New Hampshire, Nordkarolina und Oklahoma.

Hoover in Nebraska und Rhode Island.

Der Weg zum Weißen Haus

Wie in Amerika gewählt wird

Deutsche Staatsleute machen sich im allgemeinen schon Sorgen, wenn sie den Wähler beim Gang zur Wahlurne zwei Punkte, also beispielsweise die Bewegung eines Reichstags- und eines Sanftsanftsanfts, gleichzeitig in einem Wahlgang zur Entscheidung vorlegen. Eine solche Doppelwahl erleichtert auch noch Gemeindevätern zu befehlen, gilt als nahezu unmöglich. Der deutsche Wähler wird also einigermaßen erlaucht sein, wenn er hört, daß sein Kollege aus den Vereinigten Staaten mandmal bis zu einem Duzend Kandidaten für die verschiedensten Ämter in einer Wahlfrage führt und so ganz besonders auch noch Wahlberechtigte mit seiner Stimme erlaucht. Unter fünf Entscheidungen fällt der Amerikaner eigentlich kaum jemals, wenn er sich schon entscheidet, überaupt an der Wahl teilzunehmen.

Fünf Kandidaten für fünf getrennte Ämter zu benennen, war also auch gefahren das Minimum, das der Bevölkerung von drei Vierteln aller amerikanischen Bundesstaaten zugemutet wurde. Alle 48 Staaten beteiligten sich an der Präsidentenwahl, alle 48 Staaten wählten ihre Abgeordneten für das Repräsentantenhaus, alle 48 Staaten wählten gegen ihre lokalen Behörden und Gemeindevertretungen. Darüber hinaus aber wählten in 32 Staaten die Wähler noch Senatoren, so daß bei jeder Wahl nach der Verfassung zwei Senatoren noch Wahlbürgern entziehen, ein Drittel dieses Vermögens gehen nur bestimmt wurde. 32 Staaten schließlich wählten gegen noch ihre Souveräne, einen Teil ihrer Richter und höheren Verwaltungsgewalten. Es stellt der amerikanischen Demokratie das beste Zeugnis aus, daß trotz der vielen Ansprüche an die Intelligenz der Wähler eine Vertiefung eines Durchschnitts in der Stimmbahne gleichzeitig bei den Seitenleuten gefaßt. Allerdings erlaucht eine ganze Reihe von Staaten das Wahlergebnis durch Aufstellung von automatischen Wahlmaschinen.

Wählen darf jeder amerikanische Bürger, doch können die Einzelstaaten das Wahlrecht einschränken, indem sie von den Wählern die Erfüllung gewisser Voraussetzungen verlangen. In manchen Staaten verliert man durch bestimmte Vorstrafen sein Wahlrecht, andere sprechen räumigen Steuerzahlern die Stimme ab. In den Südstaaten namentlich muß der Wähler die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, nachweisen, und ganz neuzeitlich man diese Beschränkung, um Recht von der Wahlurne fernzuhalten. Der Nachweis, daß man wahlberechtigt ist, hat dann zu der Übung geführt, daß die Wähler registriert wurden, und damit für diese Wahl schon jetzt die Sicherheit erbrachte, daß eine Rekordzahl von Wählern getreu zur Wahlurne ging. 46 1/2 Millionen Menschen, also gut 4 1/2 Millionen mehr als bei der letzten Präsidentenwahl 1928, hatten sich diesmal registrieren lassen.

Wichtige Wahl war gefahren natürlich die Präsidentenwahl, für die die vier Hauptkandidaten präsentierten: der republikanische Sieger Hoover für die Demokraten der bisherige Präsident Hoover für die Republikaner, der einzige Kandidat für die unabhängigen Wähler S. M. C. für die Sozialisten und für die Kommunisten William J. Foster. Die beiden letzten Kandidaturen waren nur Protestaufstellungen. Sozialisten und Kommunisten bezweifelten die Präsidentenwahl, um einen genauen Überblick über den Stand ihrer Bewegungen zu erhalten. Hoffnung auf Wahl konnten sie jedoch nicht haben, da sie von den meisten Wählern nicht für sich nicht bemühten, in allen 48 Staaten die Wahlurnen zusammenzubringen, die als Bindeglieder zwischen Wählern und Wählern stehen.

Denn das ist ja das Charakteristische des amerikanischen Wahlsystems, daß die Präsidenten nicht direkt vom Volk, sondern auf dem Umwege über ein Vorkonferenz-Kollegium gewählt werden. Nicht Hoover oder Roosevelt wurde gefahren, sondern 531 Amerikaner, die allerdings fast auf den republikanischen oder demokratischen Kandidaten verpflichtet sind. Diese Vorkonferenz traktiert erst im Februar offiziell zusammen und wählen dann den Präsidenten. Da sie aber eben nicht von den ihnen vorgefertigten Weg abweichen können, weiß man heute schon, wer denn nun die Geschichte Amerikas für die nächsten vier Jahre lesen wird.

Man kann nicht behaupten, daß dieses System besonders modern ist, man kann nicht einmal sagen, daß es besonders gerecht wäre. Im Gegenteil, das amerikanische Wahlrecht bietet die Möglichkeit zu den größten Ungerechtigkeiten. Es wäre der Fall denkbar, daß ein Kandidat wolle die Wahlzettel der Wahlberechtigten nicht aber die Stimmen der Wahlzettel der Wahlberechtigten, sondern erst im Februar offiziell zusammen und wählen dann den Präsidenten. Da sie aber eben nicht von den ihnen vorgefertigten Weg abweichen können, weiß man heute schon, wer denn nun die Geschichte Amerikas für die nächsten vier Jahre lesen wird.

Günstige Erwerbslozahlen

Gebesserter Arbeitsmarkt — 5109 000 Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. bis einschl. 31. Oktober 1932 ergaben die Meldungen der Arbeitsämter für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen. Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitsloziffer von 5 108 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im Vergleich war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Schätzungen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen.

Die arbeitsmarktliche Bedeutung der Zahlen wird besonders durch folgende Gegenüberstellung der Entwicklung in den Saisonangeworbenen und derjenigen in den übrigen Berufsgruppen erläutert. Während in den Saisonangeworbenen die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte Oktober weiter, und zwar um rund 25 000, zugenommen hat, ist sie in den übrigen von der Konjunktur unabhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. In der Vergleichszeit des Vorjahres dagegen stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen, da sich mit einer wesentlichen Ausdehnung saisonmäßiger Beschäftigung noch ein konjunkturelles Minus verbinden.

Im freiwirtschaftlichen Bereich waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat mit schätzungsweise 90 000 Ende Oktober den Stand vom Vormonat noch etwas überschritten.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Oktober rund 882 000, in der Arbeitslosenversicherung rund 1 139 000 Arbeitslose bezugslos. Die Zahl der Strifenunterstützten ist um rund 36 000 zurückgegangen. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2 141 000 Arbeitslosenunterstützte unterstellt, die von

den Arbeitsämtern als solche bis zum Eintrag anerkannt und, d. h. nach 94 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

Die Landesarbeitsämter hatten, entgegen der allgemeinen Tendenz, in der zweiten Oktoberhälfte ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit hauptsächlich infolge des Rückganges der Beschäftigung in der Landwirtschaft zu verzeichnen, und zwar Drehpflügen, Pflanzarbeiten, Pflanzarbeiten und in geringerer Maße Viehhaltung. Die Verteilung des Beschäftigungsgrades, die in den anderen Bezirken bemerkbar war, war besonders beachtlich in Mitteldeutschland, Sachsen, Rheinland und Westfalen.

Die räumliche Bewegung am den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt setzte sich fort. Angehörige des Baugewerbes kamen aus ihren Arbeitsstellen und zum Teil auch aus berufserwartender Beschäftigung in den Arbeitsämtern zurück. Nur für Sachverhalte des Tiefbaugewerbes waren die Beschäftigungsmöglichkeiten besser.

In Asien ergab sich die Arbeitsmarktlage durchwegs gebessert, und zwar sowohl im Aufbaubereich wie in den oberflächlichen Steinabbaubetrieben und in den Braunkohlegruben. Zur der wachsenden Steinabbaubereiche war nicht in der Lage, die Zahl der Beschäftigten herabzusetzen. Auch Hütten- und Zementwerke, besonders in den waldreichen Hauptgebieten, konnten in beachtlichem Maße Arbeitskräfte einstellen.

Die wichtigste Stütze des Arbeitsmarktes bildete die anhaltende Beschäftigung in fast allen Zweigen der Textilindustrie, die zum Teil Selbsterhaltung, zum Teil aber nur als Konjunkturreserveung erklärt werden kann.

Das Nahrungsmitteleigengewerbe trug ebenfalls mit den Arbeiten für das Weinbaugebiet und mit der Kampagne in der Lederindustrie zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Die Lage im Holzgewerbe blieb überaus ungünstig. Arbeiter des Bergbauergewerbes und ungelante Lohnarbeiter konnten in den Binnenbezirken des Rheinlandes und in der Eisenindustrie sowie in den Eisenbahnbeschäftigungen finden. Die Reichsbahn ließ entlassene Stammarbeiter wieder zurück und stellte auch Zehntausende wieder ein.